

1588/J XXI.GP

Eingelangt am: 29.11.2000

ANFRAGE

der Abgeordneten Heidrun Silhavy
und GenossInnen
an den Bundeskanzler
betreffend Verteilungswirkung der Maßnahmen der Bundesregierung

Bei der namentlichen Abstimmung über das Budgetbegleitgesetz am 23.11.2000 versagte der Abgeordnete Gaugg, der Nachfolger von Bundesminister Mag. Herbert Haupt als Sozial - sprecher der FPÖ, diesem Paket der unsozialen Belastungen die Zustimmung, obwohl er im Plenarsaal anwesend war und auch für alle Anwesenden erkennbar einen grauen Stimmzettel in Händen hielt. Damit hat der FPÖ - Sozialsprecher ganz offenkundig seine Zustimmung zur Linie der Regierungskoalition verweigert!

Die Maßnahmen, die von der Regierungskoalition beschlossen wurden, sind ganz offensichtlich unausgewogen. Sie finden aus welchen Gründen immer - nicht einmal die Unterstützung des Sozialsprechers einer Regierungspartei.

Aus diesem Grund stellen die unterzeichneten Abgeordneten an den Bundeskanzler nachfolgende

Anfrage:

- 1.) Wie stark sind die einzelnen Einkommensdrittel in der Bevölkerung von den Belastungen dieser Bundesregierung insgesamt betroffen?
- 2.) Wie groß ist prozentuell die Betroffenheit des untersten, mittleren und obersten Einkommensdrittels durch
 - a) die Erhöhung der Verbrauchssteuern und Gebühren (inkl. Vignette)?
 - b) durch Selbstbehalte in der Krankenversicherung?
 - c) durch Urlaubsaliquotierung und Wegfall des Postensuchtages?
- 3.) Wie wirken sich die Maßnahmen in der Arbeitslosenversicherung (Verlängerung der Wartefrist, Kürzung der Familienzuschläge, Abschaffung der Weiterbildung, usw.) auf die einzelnen Einkommensdrittel aus?
- 4.) Wie sind die drei Einkommensdrittel durch Besteuerung der Urlaubs - und Kündigungs - entschädigung betroffen?
- 5.) Wie wirkt sich die Halbierung des Arbeitnehmerabsetzbetrags auf die einzelnen Einkommensdrittel aus?
- 6.) Welche Einkommensdrittel sind von der Besteuerung der Unfallrente besonders betroffen?